

Als der Deckel vom Kessel flog

Vor zehn Jahren endete die Ära des Kanzlers Schröder. Mit einem bizarren Abgang machte er seine Nachfolgerin stark. *Von Gregor Schöllgen*

Im Frühjahr 2005 stieß Gerhard Schröder an seine Grenzen. Eigentlich war Überforderung für ihn ein Fremdwort. Und massive Angriffe kannte er nicht erst, seit er im Oktober 1998 als dritter Sozialdemokrat nach Willy Brandt und Helmut Schmidt das Kanzleramt bezogen hatte. Doch der Dauerbeschuss, unter dem er und seine rot-grüne Regierung jetzt lagen, hatte eine neue Qualität. Der Respekt, den ihm im Frühjahr 2003 das Nein zur Teilnahme am Irak-Krieg der Amerikaner eingetragen hatte, war verfliegen. Und dass sein Programm umfassender innerer Reformen, die „Agenda 2010“, die der Bundeskanzler Mitte März 2003 im Bundestag vorgestellt hatte, ein Jahrzehnt später national wie international als vorbildlich gelten könnte, glaubte im Frühjahr 2005 kaum jemand.

An dem Sperrfeuer auf Gerhard Schröder beteiligten sich: mehr oder weniger geschlossen die Presse des Landes von „Bild“ bis zum „Spiegel“, die großen Gewerkschaften sowie, wenn auch eher verhalten, die bürgerlichen Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP. Besonders heftig fühlte sich Schröder von links attackiert, also durch die PDS, durch die 2004 auch von abtrünnigen Sozialdemokraten gegründete „Wahlalternative“ WASG – und nicht zuletzt durch die Linken in seiner eigenen Partei.

Seit Anfang 2005 mehr als fünf Millionen Arbeitslose gezählt worden waren, weil jetzt auch die vormaligen Empfänger von Sozialhilfe in dieser Statistik auftauchten, kippte die Stimmung in Partei und Fraktion. Das hielt Franz Müntefering Mitte Juni 2005 im Rückblick für Gerhard Schröder schriftlich fest. Müntefering führte die Bundestagsfraktion seit September 2002 und hatte im März 2004 von Schröder den Vorsitz der SPD übernommen. Der Bundeskanzler hatte sich nach fünf Jahren an der Spitze der Partei zum Rücktritt entschlossen, weil der sich dort gegen seine Reformpolitik formierende Widerstand zu viel Kraft absorbierte.

Je weiter das Jahr voranschritt, umso mehr mussten Schröder und Müntefering davon ausgehen, dass die am 22. Mai anstehende Wahl in Nordrhein-Westfalen kaum mehr zu gewinnen sei. Damit würde auch dieses für die SPD so wichtige Bundesland verlorengehen. In dieser Einschätzung waren sich die beiden mit den Linken in den eigenen Reihen einig. Allerdings ließen die auch keinen Zweifel daran, dass man nach einem Regierungsverlust in der „Herzkammer“ der Sozialdemokratie die Reformpolitik der Bundesregierung einer „Inventur“ unterziehen müsse.

Der Kanzler und der Fraktions- und Parteivorsitzende wussten, was das heißt: Er gehe davon aus, sagte Müntefering in diesen ersten Wochen des Jahres 2005 zu Schröder und hielt das später auch in seinen Notizen für den Kanzler fest, dass „eine klare Niederlage in NRW“ entweder „zum absoluten Attentismus oder zur unkalkulierbaren Mehrheitsituation in der Fraktion“ führen werde: „Wir waren uns klar, dass das Land Nichtstun nicht vertragen kann und wir für unsere weiterführende Politik eine neue Legitimation brauchen.“

Danach sprachen Gerhard Schröder und Franz Müntefering drei-, vielleicht auch viermal über mögliche Folgen einer schweren Niederlage in Nordrhein-Westfalen. Die Weichen wurden am 5. Mai gestellt: „19,30 Uhr Gespräch BK (Bundeskanzler) mit Franz Müntefering – Wohnhaus BK –; Essen wird pünktlich ... angeliefert. Ausgesucht hatte Doris Spargel mit Kalbsfilet“, hält die Terminakte fest. Dort beschlossen die beiden, am Tag der Wahl in Nordrhein-Westfalen definitiv zu entscheiden, ob man im Bund auf vorgezogene Neuwahlen setzt.

Noch bevor die Wahllokale an Rhein und Ruhr geschlossen und die Verluste der SPD amtlich waren, legte sich Gerhard Schröder fest. Obgleich etliche Weggefährten und Vertraute, darunter der am 7. April in die Pläne eingeweihte Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer, abgeraten hatten, wollte der Kanzler nicht bis zum Herbst 2006 warten. Er wollte die Entscheidung noch im Jahr 2005 suchen. Die vorgezogene Bundestagswahl sollte zum Plebiszit über seine Reformpolitik werden – nicht zuletzt in den Reihen seiner eigenen Partei.

Am 18. September 2005 war es so weit. In dieser Nacht gab es Gewinner wie die von Guido Westerwelle geführten Liberalen, die mit zusätzlichen 2,4 Prozentpunkten und 9,8 Prozent ein hervorragendes Ergebnis einführen, und es gab einen klaren Sieger. Mit einem Zuwachs von 4,7 Prozentpunkten konnte die Linke unter der faktischen Führung von Oskar Lafontaine das PDS-Ergebnis von 2002 mehr als verdoppeln und mit 8,7 Prozent sicher in den Bundestag einziehen. Das war für Schröder auch deshalb bitter, weil Lafontaine im Frühjahr 1999 Knall auf Fall alle Ämter und Funktionen, darunter das des SPD-Vorsitzenden, hingeschmissen und sich in den Kampf gegen ihn begeben hatte. In der Wahlnacht wusste der sich am Ziel. Mit seinem Erfolg und dem Scheitern Gerhard Schröders hatte sich für Lafontaine die Rivalität erledigt: Damit stand es 1:1, und der 1999 Unterlegene war nunmehr „innerlich frei“. Sagt Oskar Lafontaine heute.

Zu den Verlierern gehörten die Grünen, die bei 8,1 Prozent landeten und von Liberalen und Linken auf den fünften und damit letzten Platz der im Bundestag vertretenen Parteien verwiesen wurden. Die größten Verluste musste die SPD wegstecken, die es bei einem Minus von 4,3 noch auf 34,2 Prozent der Stimmen brachte. Den seit 2002 mit knappem Vorsprung gehaltenen ersten Platz musste sie an die Unionsparteien abtreten. Die eigentliche Verliererin aber war die Kanzlerkandidatin. Für Angela Merkel war das Wahlergebnis ein Debakel. Zwar fielen die Verluste von CDU und CSU mit 3,3 Prozentpunkten geringer aus als die der SPD, aber gemessen an der Ausgangslage zu Beginn der Kampagne, war das ein beispielloser Absturz.

So sah das auch der Bundeskanzler, der mit seiner Frau in Hannover zur Wahl gegangen war. Mit ihr machte er sich gegen 13 Uhr auf den Weg nach Berlin. Dort verfolgte er die Entwicklung zunächst in seinem Amtssitz. Danach fuhren sie in die Parteizentrale. Inzwischen waren erste Trends bekanntgeworden, und die Anspannung begann sich zu lösen. Bei Gerhard Schröder war ein kleiner Kreis Getreuer, darunter seine Frau und Sigrid Krampitz, seit vielen Jahren Büroleiterin und enge Vertraute, außerdem der Partei- und Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering und Innenminister Otto Schily, Ratgeber und Freund. Die Stimmung stieg spürbar, als nach Schließung der Wahllokale deutlich wurde, wie sehr sich das Ergebnis von sämtlichen Meinungsumfragen abzusetzen begann. Alkohol spielte übrigens bei Schröders Stimmungsschwung keine Rolle.

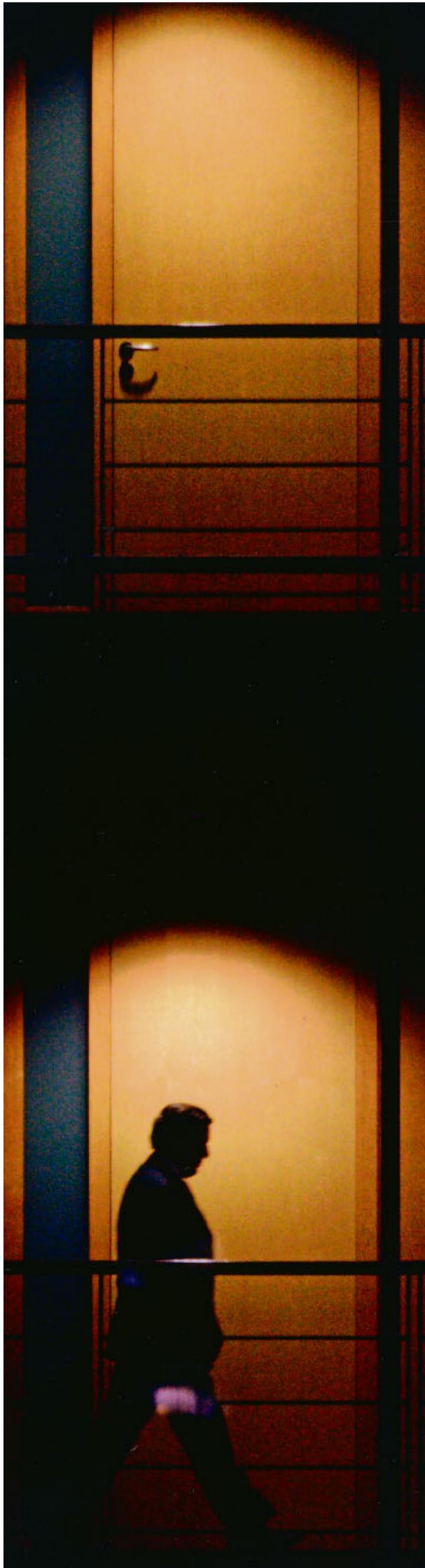
Ursprünglich sollte der Kanzler in die „Berliner Runde“ von ARD und ZDF gehen, jedenfalls war er dort angemeldet. Damit „für Maske“, Verkabeln und Tonprobe ausreichend Zeit bleibt“, hatte die federführende Chefredaktion des ZDF ihn gebeten, sich gegen 19.50 Uhr im Hauptstadtstudio Unter den Linden einzufinden. Als zunächst alles auf eine knappe Niederlage hindeutete, sagte Schröder zu Müntefering: „Da gehe ich nicht mehr hin. Die Sache ist gelaufen.“ Jetzt sollte der Parteivorsitzende ins Studio. Aber dann sah es plötzlich doch so aus, als könne der sich abzeichnende Trend zugunsten der SPD aufgrund von Überhangmandaten zu einem belastbaren Ergebnis werden. Das erinnerte manchen in der SPD-Führung an den Wahlausgang 2002. Also machte sich Gerhard Schröder wie ursprünglich geplant auf den Weg ins Hauptstadtstudio des ZDF.

Und so nahm das Schicksal seinen Lauf. Des Kanzlers ältere Schwester Gunhild, die ihn, von der Mutter abgesehen, länger kennt als alle anderen und die das Geschehen am Fernseher verfolgte, wusste sofort: „Das geht schief.“ Sie spürte, dass sich ein frühes Verhaltensmuster Bahn brechen und der Bruder die Welt wissen lassen würde: „Ihr könnt mich alle mal.“ Ähnlich erlebte auch der sichtlich irritierte grüne Noch-Partner den „tobenden Machoauftritt“ des neben ihm sitzenden Gerhard Schröder: „Was den Kanzler dabei geritten hat“, sagt Fischer, „weiß der Teufel oder nur er allein, auf jeden Fall attackierte er wutschnaubend und triumphierend zugleich die beiden Journalisten, die die Runde moderierten, und eine Angela Merkel, die angesichts ihres Wahldebakels wie benommen wirkte.“

Vieles ist in diesem Augenblick zusammengekommen und aus Gerhard Schröder hervorgebrochen. Sicher auch die euphorisierende Wirkung der Hochrechnungen. Auch zeichnete sich schon zu diesem Zeitpunkt ab, dass sein Wahlergebnis besser sein würde als das von Oskar Lafontaine aus dem Jahr 1990, wie er anderntags im Parteivorstand sagte. Im Spiegel der folgenden beiden Wahlen zum Bundestag war es sogar ein Traumergebnis. Nie mehr würde die SPD im Bund auch nur annähernd an Schröders Erfolg herankommen.

Und dann wurde natürlich auch er von der Stimmung erfasst, die sich mit den ersten Prognosen im Willy-Brandt-Haus breitmachte. Einer der Wahlstrategen hat sie so erlebt: „Alle fassungslos ... Diese unglaubliche Erleichterung. Und diese Wut. Die Wut auf viele Journalisten, die uns schon Monate vor der Wahl abgeschrieben hatten ... Die Wut auf die Forschungsinstitute, die ... ihren eigenen Zahlen nicht geglaubt haben. Die Wut über die Demütigungen der letzten Jahre ... Schröder kommt. Der Saal kocht. Und überschlägt sich, als er von einem ‚klaren Regierungsauftrag‘ spricht.“ Kein Wunder, dass der Kanzler sich „bestätigt“ fühlte. Es werde „auch in Zukunft eine starke Regierung“ unter seiner Führung geben, rief er mit heiserer Stimme noch seinen Leuten zu, bevor er sich, begleitet von „Gerhard, Gerhard“-Sprechchören, auf den Weg in die Fernsehunde machte.

Alles wahr, alles richtig, aber entscheidend für Gerhard Schröders testosterongesteuerte Explosion war es nicht. Entscheidend war, dass sich in just diesem Augenblick die über Wochen angestaute Spannung entlud – der Deckel flog vom Kessel. Alles oder doch fast alles, was er in letzter Zeit unterdrückt hatte, brach sich jetzt Bahn. Auch die Überzeugung, dass niemand außer ihm



„in der Lage“ sei, „eine stabile Regierung zu stellen. Niemand außer mir“ – und schon gar nicht Frau Merkel. Tatsächlich konnte man das Wahlergebnis ja so lesen. Vier Monate später, als Gerhard Schröder hinter verschlossenen Türen sein Leben Revue passieren ließ, formulierte er das so: „Die Menschen wollten eine Regierung, die ich führe, aber von der CDU gestellt wird ... und haben Merkel und die SPD bekommen. Das ist wirklich die List der Geschichte.“ Dass diese „von Frau Merkel geführte“ Regierung „besser“ war, „als die meisten erwartet hätten“, nahm er zu diesem Zeitpunkt mit Respekt zur Kenntnis.

Nein, es war nicht der Zorn auf die schwer angeschlagene Herausforderin, die sich in dieser Wahlnacht Bahn brach, sondern die angestaute Wut über die konzertierte Medienkampagne. Natürlich wusste Schröder, dass er die Schlacht nicht gewonnen hatte, und sagte das auch: „Wir haben verloren, das ist doch gar keine Frage, und das schmerzt mich.“ Dieses Eingeständnis überhörten die meisten – in dieser Nacht und später. In Erinnerung blieben die wütenden Angriffe auf die Chefredakteure von ARD und ZDF. Im Grunde hielt der Kanzler Hartmann von der Tann und Nikolaus Brender stellvertretend für die gesamte Zunft vor, mit Hochrechnungen Wahlkampf gemacht zu haben: „In Ihren Sendungen ist gesagt worden: Frau Merkel ist bei 49 Prozent, bei 45 Prozent, bei 43 Prozent und jetzt ist sie bei knapp 35 Prozent oder etwas mehr.“

Schwer zu sagen, ob sich Gerhard Schröder mit seinem Auftritt in der Fernsehunde geschadet, womöglich den Weg hin zu einer halbierten dritten Amtszeit an der Spitze einer großen Koalition verstellt hat: eine Hälfte Schröder, die zweite Hälfte Merkel – sollte diese die beiden Jahre politisch überleben. In Israel war so ein Modell gelegentlich zur Anwendung gekommen. Offensichtlich wurde diese Lösung von vielen SPD-Abgeordneten, aber auch von führenden Vertretern der Partei wie Otto Schily favorisiert. Vielleicht wäre der Weg sogar gangbar gewesen, hätte Gerhard Schröder nicht in der Wahlnacht vor einem Millionenpublikum Angela Merkel gerettet.

Das ahnte die Herausforderin natürlich auch, während die Zeit im Fernsehstudio quälend langsam verging. Offensichtlich, sagt sie heute, spürte Schröder in diesem Augenblick mit der „Witterung eines Tieres“, dass er vielleicht doch noch etwas herausholen konnte, demontierte sich dabei selbst und gab Merkel eine unverhoffte Chance: Weil sie gar nicht mehr zu Wort kam, sondern der tobende Kanzler sich mit den übrigen Männern in der Runde duellierte, musste sie sich nicht mehr äußern, konnte mithin in der extrem schwierigen Lage auch keinen Fehler machen und dachte sich: „Lass ihn einfach nur weiterreden.“ Tatsächlich hatten die Angriffe den Effekt, dass sich die Reihen hinter der schwer angeschlagenen Wahlsiegerin schlossen. Die ergriff, kaum dass die Schockstarre gewichen war, zwei Tage nach der Bundestagswahl machtbewusst die Initiative. Sie ließ sich mit sagenhaften 98,6 Prozent im Fraktionsvorsitz bestätigen und festigte damit ihre Position.

Dass sein Auftritt wohl „suboptimal“ gewesen sei, gab Gerhard Schröder selbst einige Tage danach mit einem Schuss von Selbstironie zu erkennen. So sehe es jedenfalls seine Frau, „und was meine Frau sagt, ist immer richtig“. Nachdem einige Zeit ins Land gegangen war, wollte er zumindest dem Eindruck vorbeugen, „als seien die Ereignisse im Jahre 2005 ausschließlich einer kritischen Berichterstattung ... geschuldet gewesen“. Dass „die Sendung ein Fehler“ war, bekannte er erst viele Jahre später öffentlich.

Das nahmen in dieser Nacht durchaus nicht alle so wahr. Enge Weggefährten wie Otto Schily, Franz Müntefering und andere, die den Auftritt im Willy-Brandt-Haus verfolgten und anschließend in kleiner Runde in Schröders Wohnung im Kanzleramt zusammensaßen, fanden ihn authentisch: So ist er. Eben nicht durchformatiert. In letzter Konsequenz unangepasst und unbürgerlich. Dieser Gerhard Schröder hat zwar eine „bourgeoise Attitüde“, aber keinen „klassisch bürgerlichen Kern“, sagt seine Bezwingerin und bringt die Sozialisation des Mannes auf den Punkt.

Der wusste seit der Wahlnacht, dass er unter den obwaltenden Umständen keine Zukunft im Kanzleramt haben würde. Er trieb durch seine Teilnahme an den Sondierungs- und Spitzengesprächen von CDU/CSU und SPD den Preis für die Teilnahme seiner Partei an einer großen Koalition in die Höhe und wählte dann Ort, Gelegenheit und Zeitpunkt seiner Rückzugsankündigung mit Bedacht. Es war der Kongress der IG Bergbau, Chemie, Energie, jener Gewerkschaft, auf die er sich in der Vergangenheit am ehesten verlassen konnte. Dass die Versammlung in Hannover unter dem Motto „Stark genug für neue Wege“ tagte, war Zufall. Dort teilte der Bundeskanzler dreieinhalb Wochen nach der Wahl mit: „Ich werde der nächsten Bundesregierung nicht angehören – definitiv nicht angehören.“ Es war Mittwoch, der 12. Oktober 2005, kurz vor 13 Uhr.

Am 21. November kam Angela Merkel zu einem Gespräch mit dem Bundeskanzler in ihren neuen Amtssitz. Nachdem sie am folgenden Vormittag durch den Deutschen Bundestag zur Nachfolgerin gewählt worden war, erfolgte die Amtsübergabe auf angemessen noble Art und Weise. „Übergabe Amt an Merkel“ hält der handschriftlich geführte Terminkalender lapidar fest. Von dort fuhr er direkt zum neuen „Büro Unter den Linden“. Als ersten Termin für den Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder vermerkte die unverändert fortgeführte Terminakte: „Telefonat mit Präsident Chirac“.

Zwei Tage später, am 23. November 2005, gab Gerhard Schröder sein Bundestagsmandat zurück. Damit endete – nimmt man seinen Eintritt in die SPD als Ausgangspunkt – nach mehr als vier Jahrzehnten eine der spektakulärsten politischen Karrieren der Bundesrepublik Deutschland.

Der Autor lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen.